

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 5

Artikel: Sozialismus als Ringen um die Würde des Menschen : Freiheit im bürgerlichen Staat
Autor: Sutter, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340613>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem Wissenschaftler über die Schultern. In einem Abkommen haben sich die Supermächte 1972 verpflichtet, die Entwicklung und Lagerung biologischer Waffen zu Angriffszwecken zu verbieten. Lediglich Impfstoffe waren von diesem Verbot ausgenommen. Unter dem Deckmantel der Schaffung neuer Impfstoffe experimentieren die USA und die Sowjetunion nun seit Jahren mit den Erregern der schlimmsten Seuchen, von der Diphtherie über die Legionärskrankheit und Milzbrand bis zur Pest, und wer weiss, ob nicht auch der Aids-Virus einmal in einem Militärlaboratorium geschaffen, getestet und dann entwischt ist. Jedenfalls müssen wir damit rechnen, dass alle Erkenntnisse der Gentechnik praktisch unmittelbar in

Kriegstechnik umgesetzt werden.

Nur die Herrschaft des Menschen

Der zweite Punkt ist nicht so vordergründig. Er hängt mit dem Wertesystem und damit weitgehend mit der Ethik zusammen. Die Natur hat in ihrer evolutionären Entwicklung über Jahrmillionen hinweg das ganze System zu optimieren versucht, mit unzähligen Experimenten, die meist als Misserfolge endeten und immer nur relativ selten erfolgreich waren und sich dann weiterentwickeln konnten. Die Natur ist in unübersehbar vielen, aber ganz kleinen Schritten vorgegangen und hat das Ökosystem aufgebaut, wo alle Kreaturen Platz haben. Die Natur ist hart und

grausam, aber sie bevorzugt nie eine einzige Art.

Dies wird sich ändern, wenn der Mensch die Schöpfung neu an die Hand nimmt. Wir bewerten die Natur nur nach dem Nutzen für den Menschen. Das schönste Unkraut muss ausgerottet werden, wenn es den Ertrag der Ernte gefährdet, das Ungeziefer wird vernichtet, weil es uns stört. Aber was haben diese Pflanzen und Tiere in der Natur zu tun, für welche Aufgaben werden sie im Gesamtsystem benötigt? Wir haben heute schon mit unserer Grosstechnik einen Sechstel aller Tier- und Pflanzenarten ausgerottet – oftmals, ohne sie überhaupt zu kennen. Gnade der Schöpfung, wenn sie in die Hände der Geningenieure fällt, die nur die Herrschaft des Menschen als Ziel sehen.

Sozialismus als Ringen um die Würde des Menschen

Freiheit im bürgerlichen Staat

Von Peter Sutter

Sind Freiheit und Sozialismus, wie in politischen Diskussionen immer wieder zu hören ist, notwendigerweise Gegensätze? Führt, wie von bürgerlicher Seite immer wieder betont wird, Sozialismus unweigerlich zu Unfreiheit? Sind Sozialismus und Freiheit unvereinbar? Mir scheinen solche Fragestellungen auf einem sehr einseitigen, um nicht zu sagen irreführenden und falschen Verständnis von Freiheit zu beruhen. Was für eine Freiheit ist denn hier gemeint, wenn ihr der Sozialismus als Feind gegenübergestellt wird? Ist dies nicht bloss jene Freiheit, die nur für den Einzelnen gilt, für jenen Einzelnen, der sich seinen Platz in der Gesellschaft erobert oder erkämpft hat oder dem es

aufgrund der bestehenden Umstände leichter oder besser gelungen ist, Privilegien zu gewinnen, die angesichts einer gerechteren Verteilung bedroht wären? Und die anderen? Die weniger Privilegierten, die sozial Benachteiligten, die Lohnabhängigen, die Zukurzgekommenen, die alleinstehenden Mütter, die Arbeitslosen, die Schulversager – wo ist *ihre* Freiheit?

Freiheit aus bürgerlicher Sicht ist ein relativer Begriff. Er gilt immer bloss für jene, die darüber verfügen. Dass alle, die mehr haben als andere oder sich einen höheren Lebensstandard leisten können als andere, um ihre Freiheit fürchten, ist begreiflich. Es muss ihnen ja irgendwo klar sein, dass mehr so-

ziale Gerechtigkeit einen Abbau ihrer persönlichen Privilegien und vermeintlichen Freiheiten mit sich bringen würde. Hierfür das Schreckgespenst der Unfreiheit hinzustellen, ist Verschleierung der tatsächlichen Absicht. Es geht, das müssten sie ehrlicher Weise zugeben, nicht um *die* Freiheit, es geht bloss um *ihre* Freiheit.

Was für eine Freiheit? Eine Freiheit, die in der Masse Freiheit für die einen bedeutet, wie damit die Freiheit der anderen eingeschränkt oder gar aufgehoben wird. Wo der Unternehmer *seine* Freiheit hat, einen Arbeiter zu entlassen, verliert der Arbeiter *seine* Freiheit, nicht um seinen Arbeitsplatz bangen zu müssen. Wo der Vermögende *seine* Freiheit hat, mit

dem Kaufen und Verkaufen von Grundstücken Gewinne zu machen und sein Vermögen weit über das hinaus zu vermehren, was er eigentlich zum Leben bräuchte, verliert der Mieter dadurch unter Umständen *seine* Freiheit, in einer geräumigen Wohnung zu einem für ihn erschwinglichen Mietpreis leben zu können. Wo ein selbständig Erwerbender mit sehr hohem Einkommen *seine* Freiheit hat, dem Staat Steuergeld vorzuenthalten, verliert ein unselbständig Erwerbender mit sehr geringem Einkommen *seine* Freiheit, in der Steuererklärung Abzüge anzubringen, die sich nicht bis auf den letzten Rappen belegen lassen. Wo der Autofahrer *seine* Freiheit hat, mit 50 Stundenkilometern durch Wohnquartiere zu rasen, verliert das Kind *seine* Freiheit, ohne Angst die Strasse zu überqueren. Das ist stets Freiheit auf Kosten anderer, Freiheit, die dazu führt, dass andere sie entbehren müssen.

Das lässt sich durch alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereiche hindurch weiterverfolgen. Wie verlockend tönt der Begriff der «freien Marktwirtschaft», Gewinn, Erfolg, Wachstum versprechend. Und was für fatale Auswirkungen hat er für jene, die nicht auf der profitierenden Seite stehen! Die «Freiheit» der Industrieländer besteht darin, Rohstoffe für ihre industrielle Produktion dort einzukaufen, wo sie gerade am billigsten sind. Die Entwicklungsländer bezahlen diese «Freiheit» der Industrieländer damit, dass für ihre Rohstoffe Preise und Absatzmärkte nicht garantiert, sondern von Jahr zu Jahr riesigen Schwankungen unterworfen sind, was für sie unter Umständen zu fehlenden Einnahmen, Schulden, Armut und Hunger führen kann – lauter Unfreiheit, mit welcher sie die Freiheit jener bezahlen, die

ohne dieses ungerechte System gar nie zu jenem Reichtum und zu jener Macht gekommen wären, über die sie nun verfügen. In den Entwicklungsländern selber wiederum geniessen die Reichen Freiheiten auf Kosten der Armen, verlegen ihre Gewinne in «freiheitsliebende» Länder wie die Schweiz, wo ein «freiheitsliebendes» Bankgeheimnis ihr Geld vor der sozialen Nutzbarmachung schützt. So führt ein falsches Freiheitsdenken, das nur die Freiheit des Starken meint, in letzter Konsequenz zu Ausbeutung, Unfreiheit und Verelendung.

Was ist das für eine Freiheit, die Unfreiheit schafft und von Unfreiheit lebt? Kein ethisch verantwortbarer Wert, weil Freiheit, wenn es wahre Freiheit wäre, für *alle* gelten müsste, für einen *jeden* Menschen, in *gleichem* Masse, unabhängig von seiner sozialen oder geographischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht. Letztlich müsste auch die Natur, die ganze Schöpfung in einen solchen Freiheitsbegriff eingebunden sein. Auch Tiere und Pflanzen haben ein Recht auf Freiheit, auf Erde, Wasser und Luft. Eine Gesellschaft, in der aus Profitdenken und materiellem Gewinnstreben die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden, ist keine wirklich freiheitliche Gesellschaft.

Der einzelne Mensch, das zeigt die Geschichte, hat ein natürliches Streben nach Freiheit. Sehr bald aber stösst dieses an Grenzen, dort, wo mit der Freiheit des einen die Freiheit des anderen bedroht wird. Sozialismus ist nichts anderes als die Idee, solch unbeschränktem, übersteigertem Freiheitsstreben etwas Höheres entgegenzustellen, eben die soziale Verantwortung. Ein Staat, dessen bestimmende politische Kräfte in die gleiche Richtung zeigen wie das übersteigerte Freiheitsstre-

ben der Einzelnen, kann kein guter Staat sein. Der Staat *muss* in gewissem Sinne dem übermässigen Freiheitsdrang, der die Rechte und Freiheiten anderer einschränkt, entgegenreten, sonst wird er überflüssig. Er *muss* dafür sorgen, dass die Freiheit des Einzelnen nicht überbordert und für den anderen zum Schaden wird. Nur so können individuelles Freiheitsstreben und sozial verantwortbares Gemeinschaftsleben miteinander ins Gleichgewicht kommen. Sozialismus bedeutet nicht Unfreiheit, sondern Kontrolle der Freiheit, Beschränkung der Freiheit des Einzelnen in jenem Masse, dass die Freiheit Freiheit bleibt und nicht zur Ausbeutung, Verelendung und Zerstörung führen kann.

Wenn sich die bürgerlich orientierten politischen Kräfte in unserem Lande gegen mehr Staat aussprechen, dann führte dies in letzter Konsequenz zur Abschaffung des Staates und damit zum reinen Überlebenskampf aufgrund von Stärke und Macht, wo der Schwache schutzlos dem Starken ausgeliefert wäre. Die bürgerlichen Kräfte müssten dem Sozialismus eigentlich dankbar sein, ohne seine Schutzwirkung wäre ihr zerstörerisches Ansinnen schon längst entlarvt, und wir hätten wieder Bettler und Tagelöhner wie einst.

Jene Freiheit, die der Sozialismus meint, ist unteilbar. Sie gilt für *alle* in *gleichem* Masse. Sie ist gerecht verteilt, so wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit gerecht verteilt sein sollten. Das ist gewiss eine Utopie. Aber Utopien sind nicht dazu da, von einem Tag auf den anderen verwirklicht zu werden, sondern dazu, dem täglichen Tun, den täglichen Schritten, so klein sie auch sein mögen, eine Richtung und einen Sinn zu geben. Auf Gerechtigkeit hin. Auf Frieden hin. Auf eine

Gesellschaft hin, in der Freiheit nicht bloss Freiheit der Besitzenden und Mächtigen ist, sondern existentielles Grundrecht eines jeden Einzelnen.

Das bürgerliche Argument, Sozialismus führe zu Unfreiheit, ist in sich selber falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Sozialismus führt nicht zu weniger, sondern zu *mehr* Freiheit – zu demokratischer Freiheit sozusagen, die nicht für die einen mehr und für die anderen weniger und für die dritten überhaupt nicht gilt, sondern für al-

le gleich. Schliesslich ist der Freiheitsbegriff selber ein anderer: Bürgerlich definierte Freiheit hat etwas Statisches, Fixiertes, Endgültiges an sich, ein Privileg der einen, das es gegen die Ansprüche der anderen zu behaupten und zu verteidigen gilt. Sozialistisch verstandene Freiheit ist dagegen etwas Dynamisches, Fliessendes, eher mit Befreiung zu umschreiben als mit Freiheit, ein Prozess der Überwindung wirtschaftlicher Zwänge, ein Prozess, der eigentlich nie an ein

endgültiges Ziel gelangt, sondern stets dann wieder von vorne beginnt, wenn Privilegien und Sonderinteressen von einzelnen Mächtigen und von Machtgruppen überhand zu nehmen drohen und die Rechte und existentiellen Bedürfnisse des Einzelnen einzuschränken beginnen. In diesem Sinne kann Sozialismus vielleicht gar nie eine endgültige Staatsform sein, sondern ein beständiges, nie endendes Ringen um Menschenwürde, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit.

EGES-Bericht: Die Konsequenzen des Drinbleibens

Sind die AKW-Betreiber überhaupt noch lernfähig?

Von Stefan Frey

Bundesrat und Parlament werden sich in den nächsten Monaten intensiv mit dem Umstieg von der Atomenergie auf umweltverträgliche Stromproduktionsformen, vor allem aber mit den enormen Sparpotentialen im Strombereich zu befassen haben. Die Begriffe «Moratorium» und «Ausstieg» werden die Diskussion beherrschen. Dabei dürfte wie bisher stets in Atomdiskussionen die Frage nach den Konsequenzen eines Weitermachens kaum aufs Tapet kommen. Grund genug, um das Drinbleiben in der Atomenergie auszuleuchten. Es geht dabei um nicht weniger als um den Bau von 19 weiteren Atomreaktoren in den kommenden 38 Jahren, jedes zweite Jahr müsste demnach ein Reaktor in Betrieb gehen. Stefan Frey vom WWF hat im «Panda»-Journal das sogenannte «Referenzszenario» des EGES-Berichtes untersucht, bevor Blocher & Co. das Atomkraftwerk Kaiseraugst, nicht aber die Atomenergie fallenliessen. An der Analyse ändert das nichts.

Als vorigen Herbst der siebte Zehn-Werke-Bericht der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft publiziert wurde, vernahm die Öffentlichkeit kaum Überraschendes. Seit nämlich 1963 der erste dieser Berichte erschien, ging es stets um die «Eingliederung» der Atomkraftwerke «in die schweizerische Elektrizitätsversorgung». Folgerichtig waren die in diesen Prognosen

enthaltenen Annahmen über den Stromverbrauch der nächsten 10 Jahre gleichbedeutend mit den Umsatzzielen der beteiligten Werke, die sich auf den Ausbau der Atomenergie in der Schweiz festgelegt haben. Jeder Unternehmer würde so handeln: Er erkundet den künftigen Markt, legt seine eigenen Marktziele fest und trifft die entsprechenden Investitionsentscheide. Ebenso folge-

richtig werden die Marktpotentiale verteidigt, Schmälerungen der Umsatzchancen werden nicht hingenommen, denn sonst wären die Investitionen nicht mehr zu rechtfertigen. Dieses Denken kommt lupenrein auch im siebten Zehn-Werke-Bericht zum Ausdruck; mit einem gewichtigen Unterschied zur freien Marktwirtschaft: es geht nicht um den Bau einer Hosenknopffabrik, sondern um Atomkraftwerke, deren verheerende Auswirkungen auf Mensch und Natur, auf die Wirtschaft, auf die Demokratie in den letzten Monaten und Jahren hautnah erlebbar wurden.

Die Umsatzziele

Die Elektrizitätswirtschaft hält unverdrossen an einer steten Verbrauchszunahme fest. Die erstmals für einen Zeitraum von 20 Jahren vorgelegte Umsatzprognose erwartet zwi-